



Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
80327 München

per e-mail:
betroffene Verbände

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom
Juli 2014

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)
II.7 – 5S4601 – 6a.74678

München, 28.08.2014
Telefon: 089 2186 2249
Name: Frau Wüstendörfer

**Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes;
hier: weiteres Vorgehen nach Verbandsanhörung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Rückmeldungen zum o.g. Gesetzentwurf. Zum weiteren Vorgehen teilen wir Ihnen gerne Folgendes mit:

Die zahlreichen Stellungnahmen, die das Staatsministerium im Rahmen der und parallel zur Verbandsanhörung erreicht haben, artikulieren in Bezug auf die vorgesehene Verbesserung der Finanzierung privater Förderschulen die Befürchtung, das neue Finanzierungsmodell sei nicht auskömmlich und daher keine dauerhaft tragfähige Lösung für den weiteren unentgeltlichen Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen an privaten Förderschulen. Da uns sehr an einer möglichst weitreichenden Akzeptanz der infolge der Bundessozialgerichtsrechtsprechung erforderlich gewordenen Neuregelung gelegen ist, wird der Gesetzentwurf in der derzeitigen Fassung vorläufig nicht dem Landtag zur weiteren Behandlung zugeleitet werden. Vielmehr soll – unter paralleler Fortführung der bisherigen Übergangslösung –

im Dialog mit betroffenen Schulträgern und Verbänden ein Anpassungsbedarf erörtert werden, u.a. hinsichtlich des Erfordernisses der staatlichen Anerkennung als Fördervoraussetzung sowie bezüglich der von Ihnen angesprochenen Aspekte und des Zeitpunkts des Inkrafttretens der Neuregelung. Das StMFLH wird in diesen Prozess einzubeziehen sein.

Die weiteren Inhalte des Gesetzentwurfs werden verfahrensmäßig abgekoppelt und nach der Sommerpause in einem separaten Gesetzentwurf und Gesetzgebungsverfahren fortgeführt.

Wir hoffen, mit diesem Vorgehen die beteiligten Interessenslagen in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wüstendörfer

Ministerialrätin